

## **Linz in der Finanzkrise: 8 Millionen Einsparungen bedrohen wichtige Projekte!**

Die Stadt Linz plant Kürzungen bei Ermessensausgaben um 15%, mit Einsparungen von 8 Millionen Euro. Reaktionen variieren.



**Linz, Österreich** - Die Stadt Linz steht vor einem erheblichen finanziellen Einschnitt. Bürgermeister Dietmar Prammer (SPÖ) hat angekündigt, dass die Ermessensausgaben der Stadt um 15 Prozent gekürzt werden sollen. Diese Maßnahme soll ein Einsparvolumen von etwa acht Millionen Euro generieren, ein Schritt, der den kommunalen Haushalt nachhaltig beeinflussen könnte. Laut **oe24** sind hiervon vor allem die Budgetmittel betroffen, die von den Ressortverantwortlichen eigenständig verwaltet werden.

Prammer erklärte, dass der Finanzdirektor ab morgen den

Budgetierungsprozess für das Doppelbudget 2026/2027 einleitet. Experten der Stadt würden derzeit die Grundlagen für dieses neue Budget erarbeiten, um im Herbst eine aktualisierte Prognose nach Gesprächen mit allen Ressorts und Abteilungen vorlegen zu können. Der Bürgermeister zeigt sich optimistisch, ein stabiles Budget für die kommenden zwei Jahre zu erreichen.

## **Politische Reaktionen auf die Sparmaßnahmen**

Die Reaktionen auf die geplanten Einsparungen sind gespalten. Die ÖVP hat einen umfassenden Kassensturz gefordert und kritisiert die mangelnde Transparenz in der Finanzlage der Stadt. Vizebürgermeister Martin Hajart betonte zudem, dass das Land Oberösterreich finanziell gesünder dastehe als die Stadt Linz, und die Volkspartei fordert Investitionen in die Wirtschaft sowie einen Sanierungs- und Investitionsplan für Immobilien.

Die FPÖ warnt vor pauschalen Kürzungen und fordert eine klare Priorisierung der Ausgaben, besonders da die Feuerwehr weiterhin einsatzbereit bleiben müsse. Stadtrat Michael Raml plant, innerhalb seiner Ressorts nach weiteren Effizienzsteigerungen zu suchen, sieht jedoch Risiken in einer generellen Reduzierung der Mittel.

Die Grünen äußern ebenfalls Besorgnis, insbesondere über mögliche Kürzungen im Bereich der Gewaltprävention und des Sozialsektors. Stadträtin Eva Schobesberger fordert sinnvolle Schwerpunktsetzungen statt allgemeiner Einsparungen und betont, dass ein Sparkurs notwendig sei, der die Bürger nicht belasten darf.

## **Der Kontext der kommunalen Finanzkrise**

Der Bescheid der Stadt Linz zur Sparmaßnahme kommt in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld. Laut **Städtetag** ist die finanzielle Lage der Städte, Gemeinden und Landkreise als

dramatisch zu bewerten. Ein voraussichtliches Defizit von über 13 Milliarden Euro im Jahr 2024 zeigt die strukturelle Natur der aktuellen Krise auf. Die niedrige Wachstumstendenz verschärft die finanzielle Situation weiter.

Städte fordern daher strukturelle Änderungen, um ihre Haushalte zu entlasten. Eine angemessene Finanzierung der Pflichtaufgaben, die vom Bund auf die Kommunen übertragen werden, sowie ein größerer Freiraum bei der Aufgabenwahrnehmung sind dringende Anforderungen. Die aktuellen Sparmaßnahmen in Linz sind Teil eines größeren Strang, der durch bundesweite Sparpakete und ähnliche Ankündigungen auf Landesebene verstärkt wird, wie bereits von **Tips** berichtet.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ursache</b>	Sparmaßnahmen
<b>Ort</b>	Linz, Österreich
<b>Schaden in €</b>	8000000
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.oe24.at">www.oe24.at</a></li><li>• <a href="http://www.tips.at">www.tips.at</a></li><li>• <a href="http://www.staedtetag.de">www.staedtetag.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**